

Memorandum

**Abfälle – eine neue Rohstoffquelle.
Ein Plädoyer für einen Paradigmenwechsel
in der deutschen und europäischen Abfallpolitik**

Januar 2007

Mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der asiatischen Schwellenländer ist der weltweite Bedarf an Rohstoffen in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Dies spiegelt sich in stark steigenden Preisen an den internationalen Rohstoffbörsen wider. In den frühen Entwicklungsstadien von Industrienationen, in den sog. Emerging Markets, steht dem Verbrauch von primären Rohstoffen aber nur ein relativ kleiner Anfall prinzipiell recycelbarer Abfälle aus den Lebenszyklen der eigenen Produkte und Anlagen gegenüber. Materialien, die in Anlagenbau- und Infrastrukturmaßnahmen fließen, stehen erst viele Jahre, teils Jahrzehnte später als „Rohstoffquelle Abfall“ wieder dem Wirtschaftskreislauf zur Verfügung. Erst in industriell ausgereiften Volkswirtschaften verkürzt sich dieser Zyklus, wenn der Anteil der verbrauchten Rohstoffe zunehmend stärker in kurzlebige Konsumgüter fließt. Bleibt die Entwicklung der Wachstumsraten in China und Indien mit zusammen 40 % der Weltbevölkerung über längere Zeit auf derzeitigem Niveau, bekommen der Wettlauf um Rohstoffe ebenso wie die mit deren Gewinnung verbundenen Umweltlasten eine neue Dimension.

Von Ökonomie und Ökologie gleichermaßen getrieben spielen daher neben den Primärressourcen Abfälle zur Deckung des Rohstoffbedarfs von Volkswirtschaften eine immer größere Rolle. Abfälle als Rohstoffquellen werden gerade für das rohstoffarme Europa immer bedeutender. Derzeit beobachten wir einen schärfer werdenden Wettlauf um primäre Rohstoffe insbesondere durch eine aggressive Politik zur Sicherung von Rohstoffquellen in Afrika durch China.

Im Gegensatz zu den asiatischen Schwellenländern kann Europa durch ein intelligentes Abfallregime auf Sekundärressourcen zurückgreifen. Doch auch diese Abfälle stehen, ohne dass dies einer breiteren Öffentlichkeit bewusst ist, größtenteils bereits im Fokus des Interesses der aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften. Besonders werthaltige und ohne großen technischen Aufwand erschließbare Sekundärrohstoff-Quellen verlassen bereits in großen Mengen die Europäische Union. So werden etwa 70 % aller stillgelegten Fahrzeuge aus Deutschland exportiert, bevor sie hier einer Verwertung zugeführt werden können. Ähnlich massive Abflüsse sind z. B. bei Schrotten zu beobachten, die reich an Aluminium oder Kupfer sind.

Zur Sicherung der Interessen der europäischen Volkswirtschaften an verfügbaren und preiswerten Rohstoffen ist es daher notwendig, aus Abfällen so effizient wie möglich Sekundärrohstoffe zu gewinnen, die der heimischen Produktion zur Verfügung stehen. Dies setzt neben technischen Innovationen, die vielfach bereits auf dem Markt sind, auch einen rechtlichen Rahmen voraus, der das Entstehen und die energie- und materialeffiziente Nutzung von Abfall-Rohstoff-Transferstrukturen erlaubt.

Ökonomische, ökologische und soziale Ziele lassen sich bündeln, wenn die Gesetzgebung der Maxime folgt, die Beseitigung von Abfällen zu minimieren, bei der Verwertung aber keine willkürliche Zuweisung zu bestimmten Verwertungskategorien zu fordern. Eine wirtschaftlich sinnvolle Verwertung steht natürlich unter der Auflage, dass der Einsatz Abfall-abgeleiteter

Materialströme keine inakzeptablen Emissionen oder Verschleppungen von Schadstoffen in neue Produkte erzeugen darf.

Die Diskussionen etwa zu Abfallhierarchie, Recyclingdefinition und Quotenfestlegungen für verschiedene Verwertungsarten haben sich in den letzten Jahren verselbständigt. In der – weitgehend europäisch bestimmten – Regulierung ist das wirtschaftliche Interesse trotz aller Lippenbekenntnisse zur Kreislaufwirtschaft völlig in den Hintergrund getreten. An die Stelle wissenschaftlich bewertbarer Vergleiche verschiedener Verwertungsszenarien z. B. im Hinblick auf die CO₂-Emissionen sind formalrechtliche Vorgaben etwa durch Quoten zur stofflichen Verwertung und zur Abgrenzung von Recycling- gegen Verwertungsoperationen getreten. Die aktuelle Diskussion der Abfalldirektive im Europäischen Parlament ist ein Beweis dafür, wie sehr sich verfestigte Denkmuster an Stelle innovativer Ideen zur Nutzung von Abfall als Wirtschaftsgut oder komplexen Rohstoff behaupten.

Damit Verwertung nicht nur auf dem Papier steht, sondern wertschöpfend in der Realität stattfinden kann, ist ein Paradigmenwechsel erforderlich. Grundsätzlich gilt dabei, dass bei der Abfallverwertung alle Verwertungsarten – d. h. stoffliche und energetische Verwertungen – als prinzipiell gleichwertige Optionen betrachtet werden müssen, die unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten gegeneinander abzuwägen sind. Es kommt entscheidend darauf an, mit welchem wirtschaftlichen Aufwand aus Abfällen Sekundärrohstoffe gewonnen werden, die im Wirtschaftskreislauf Primärrohstoffe ersetzen können. Der „subjektive Abfallbegriff“ beschreibt im Grunde die Ausgangslage treffend. Je wertvoller die Inhaltsstoffe eines älteren Produkts werden, desto größer ist auch der internationale Wettbewerb bereits in der Phase, in der dieses Produkt noch eine ältere gebrauchte Ware und kein Abfall ist. Der Export von Gebrauchsgütern wie etwa älteren noch gebrauchsfähigen Fahrzeugen in Drittländer kann schwerlich untersagt werden; zu hohe Auflagen in der Verwertungsphase in Europa mit gravierenden Kostenfolgen in der Wertschöpfungskette der Abfallbehandlung führen aber zu einer Wettbewerbsverzerrung, die die Wirtschaft in Europa schädigen.

Letztlich hilft es auch den globalen ökologischen Zielsetzungen nicht, wenn z. B. die finale Verwertungsstufe in einem anderen Teil der Welt weit weniger CO₂-effizient als hierzulande stattfindet. Ein Paradigmenwechsel in der Abfallpolitik kann gerade auch klimapolitisch gut begründet werden. Eine einengend verstandene, umweltgetriebene Gesetzgebung, die Abfälle aus Europa vertreibt, statt sie hier einer Verwertung zuzuführen, hat ihr Ziel verfehlt. Es ist unbestreitbar, dass in den Schwellenländern bei weitem nicht die Technologien zu einer umweltgerechten Aufbereitung zur Verfügung stehen wie in Europa und die sichere Entsorgung der gefährlichen Restabfälle oft nicht gewährleistet ist.

Vor diesem Hintergrund bedarf es aus Gründen der Ressourcensicherheit, aber nicht zuletzt auch aus Erwägungen des Klimaschutzes heraus eines neuen integrativen Ansatzes der Abfallpolitik. Nachhaltigkeit können nur Prinzipien für sich in Anspruch nehmen, die eine Optimierung zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen anstreben und auch die Beschäftigungspotentiale heben, die die Umsetzung innovativer Verfahren wie etwa der

Post-Shredder-Technologien in Deutschland und Europa ermöglichen. Investitionen in Verwertungstechnologien zur Nutzung von Abfall-abgeleiteten Stoffströmen z. B. als Ersatz von Öl in Reduktionsprozessen, zur Erzeugung von Methanol, Diesel, Chemierohstoffen oder Wasserstoff dürfen nicht gefährdet werden. Hier müssen ganz im Gegenteil die Chancen Europas als Schrittmacher für industriell umsetzbare Umwelttechnologien gefördert werden. Wir sehen derzeit, dass zur Sicherung des Abfalls als Sekundärrohstoff in anderen entwickelten Regionen, insbesondere in den USA, entsprechende Aufbereitungstechniken auf ihre Markteinführung geprüft werden. Deutschland hat hier einen technologischen Vorsprung, der als Trumpfkarte im Export ausgespielt werden kann. Dies wird aber nur erfolgreich sein, wenn wir in Europa nicht unüberwindliche Hindernisse für großtechnische Anwendungen durch eine einengende Abfallpolitik errichten.

Die Aussagen und Forderungen dieses Memorandums fußen auf umfangreichen Erfahrungen und Studien der econsense-Mitglieder. In der für die deutsche Wirtschaft wichtigen Frage der zukünftigen Abfallpolitik steht econsense den Stakeholdern für einen Dialog jederzeit zur Verfügung. econsense wird sich mit einzelnen Fragen rund um den notwendigen Paradigmenwechsel in der Abfallpolitik vertiefend befassen.

econsense ist ein branchenübergreifendes Netzwerk von 23 führenden, global tätigen Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft, die gemeinsam die Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens und gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung gestalten möchten. Das Netzwerk wurde im Jahr 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gegründet.

Mitglieder: Allianz, BASF, Bayer, BMW Group, Bosch, DaimlerChrysler, Degussa, Deutsche Bahn, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, EnBW, E.ON, HeidelbergCement, Lufthansa, RAG, RWE, SAP, Siemens, Tetra Pak, ThyssenKrupp, TUI, VCI, Volkswagen

econsense | Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.
Breite Straße 29 | 10178 Berlin | Telefon: +49 (0)30-2028-1474 | Fax: +49 (0)30-2028-2474
info@econsense.de | www.econsense.de